

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlicher: Friedrich Ströben
Verlagsnummer: 25841
Für den Verleger: Dr. 20011
Gesetzliche u. gewerbliche Stelle:
Dresden-L., Klauenstraße 28/29

Bezugsgebühr vom 1. d. M. 1929 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1,70 Mk.
Bezugsgebühr für Monat Februar 2,40 Mk. ohne Postzusatzgebühr. Einzelnummer 10 Pf.
Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile
25 Pf., für außerwärts 40 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außer-
halb 25 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 300 Pf., außerhalb 350 Pf., Offertengeld 30 Pf.
Kewertigte Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Ströben & Reichardt,
Dresden, Weißhof-Str. 16/18 Dresden
Kaufhaus mit beuult Curlienanlage
(Dresden, Markt.) zulässig, Untervertage
Schiffstraße werden nicht aufbewahrt

Verminderung der Reichsbahndirektionen

Zuteilung des Leipziger Bezirkes an Halle?

Thüringen! Quo vadis?

Reduzierung zunächst in Bayern

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 28. Febr. Bei dem letzten großen Empfang der Deutschen Reichsbahngesellschaft gab der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, bekannt, daß die Reichsbahn an die Rationalisierung, d. h. Zusammenlegung der 30 Reichsbahndirektionen herangehen würde, von denen die größte zehnmal größer als die kleinste sei, so daß diese 30 Direktionsbezirke um ein Drittel verkleinert werden würden. Nach einer Augsburger Meldung geht man jetzt an diese Reduzierung der Reichsbahndirektionen zunächst in Bayern heran. Von den fünf bairischen Eisenbahndirektionen in München, Augsburg, Nürnberg, Regensburg und Würzburg wird die letztgenannte in

Würzburg aufgehoben.

Der Bezirk Würzburg wird nach Nürnberg und Augsburg aufgeteilt werden. Die Augsburger Reichsbahndirektion erhält einen Teil des Bezirkes der Nürnberger Eisenbahndirektion und zwar bis Ansbach hinaus, während die Nürnberger Eisenbahndirektion fast das ganze Gebiet der Würzburger Direktion in sich aufnehmen wird. Die Finanzgründung dieser Einschränkungsmassnahmen hat uns Veranlassung gegeben, uns über die tatsächlichen Verhältnisse bei der Generaldirektion der Reichsbahn zu erkundigen. Wie uns von dieser Seite mitgeteilt wird, kann zurzeit darüber, ob die Rationalisierung auch auf tatsächliche Verhältnisse übergreifen

wird, nichts gesagt werden, da die Frage zunächst noch weiteren Prüfungen unterliegt. Es scheint aber wohl sicher zu sein, daß die Reichsbahndirektion in Dresden bestehen bleibt. Ob auch in Weichseln die bisherigen Verhältnisse, nämlich die Teilung des Leipziger Bezirkes zwischen Halle und Dresden bleiben wird, steht noch dahin. Es scheint aber so, als ob starke Kräfte am Werk sind, die nordwestdeutschen Eisenbahnbezirke auch einschließlich Leipzig der Reichsbahndirektion in Halle zu unterstellen.

Interfraktionelle Besprechung ohne Zentrum

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 28. Febr. Der Reichskanzler Hermann Müller hat die gemeinsame Besprechung der einzelnen Fraktionsführer, die für eine Große Koalition in Betracht kommen, auf heute nachmittag 5 Uhr angesetzt. Wie bereits angekündigt, weigert sich das Zentrum, an den Beratungen zunächst teilzunehmen. Infolge der weiterhin schwierigen und völlig ungeklärten parlamentarischen Lage ist die Presse wiederum voll von den verschiedensten Kombinationen. Nach der neuesten Kombination soll der Reichskanzler versuchen, eine Weimarer Koalition mit völksparteilichen Fachministern anzubringen.

Wer im vorigen Herbst gläubigen Herzens die Schriften begeisteter Unitarier in sich aufnahm, mußte glauben, daß der Einheitsstaat nahe herbeigekommen sei und daß wir dank mit dem alten Liebe singen könnten: „Al' Rot hat nun ein Ende.“ Im Winter dieses Mißvergnügens hat sich die Begeisterung merklich abgekühlt. Die Schlagworte vom „begeisterter Einheitsstaat und der differenziersten Entlösung“ versanken nicht mehr, wo es sich darum handelt, klar und bestimmt herauszuarbeiten, wie das neue Deutschland wirklich aussehen soll. Die Erkenntnis reift, daß der Komünismus aus demokratischer Retorte kein lebendiges Wesen werden, daß das Reichsgebäude nicht vom Dache aus umgebaut werden kann, und man beginnt wieder darüber nachzudenken, ob nicht von unten an der Organisation des Reiches zu bessern ist.

Das zeigt sich auch in unserem Nachbarland Thüringen. Die Verhandlungen, die Sachsen und Thüringen in der ersten Hälfte des Vorjahres über die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften geführt haben, sind zwar zunächst ins Stocken gekommen. Seitdem wird aber doch in Thüringen mit wachsender Kraft darüber gekritten, welchen Weg das Land gehen soll. Seine Finanzlage ist schwierig, der eigentümliche Apparat für seine schmalen Schultern eine zu schwere Last, die Gegensätze zwischen den Regierungsparteien lähmen den Staatsorganismus in den engeren Verhältnissen noch weit mehr als bei uns. Das alles schwächt die Wiederstandskraft derjenigen, die unter dem Rufe „Die gut Thüringen allewege!“ alles beim alten lassen möchten und die Anlehnung an ein anderes Land verwerfen. Von denen, die für eine solche Anlehnung sind, kämpft der Jenaer Universitätsprofessor und Oberverwaltungsgerichtsrat Koellreuter dafür, daß Thüringen in Preußen aufsteht. Er findet selbstverständlich begeisterte Zustimmung im preussischen Erfurt, das im Volksgedächtnis seiner wirtschaftlichen Bedeutung die politische Hauptstadt Groß-Thüringens werden möchte und wo allzu deutlich gesagt worden ist, Weimar, das heilige Mecca deutscher Kultur, müsse sich damit abfinden, eine Provinzialstadt zu werden. Als peinlich empfunden es auch die würzgelesenen Thüringer, daß gerade der aus Baden gekommene Koellreuter, der einzige Staatsrechtler des Landes, den Beobachtern seiner Wahlzeit das Staatsgefühl absprieht.

Sein starker Widersacher ist der Ministerialdirektor Jahn, ein hundertprozentiger Thüringer, der seinerzeit daran mitgearbeitet hat, die thüringischen Kleinststaaten zusammenzuschweißen. Ueber den vielbesprochenen Vortrag, den er im Januar zu der Frage gehalten hat, „ob Thüringen seine Eigenstaatlichkeit behaupten könne“, ist seinerzeit in diesen Spalten berichtet worden. Der Vortrag ist jetzt in Broschürenform erschienen (Paulus Verlag in Weimar). Das vor allem aus ihm spricht, ist eine von jedem engstirnigen Partikularismus freie Liebe zur Heimat. Wer darum, wie ein Erfurter Blatt, diesen Mann als Thüringens Don Quixote abtut, der stellt sich unter das alte Bismarckwort: „... und hätte der Liebe nicht, so wäre es euch nichts nütze.“ Jahn verwirft den Anschluß Thüringens an Preußen, weil es in dem Großstaate nur eine höchst behaltende Rolle spielen, und zum mindesten nicht auf die Dauer, die Pflege seiner Eigenart finden würde, auf die es Wert legen muß. Die Gefahr, provinzielles Hinterland zu werden, vermehrt Thüringen nach Jahn dann, wenn es die Verhandlungen des vorigen Sommers wieder aufnimmt und zu Verwaltungsgemeinschaften mit Sachsen kommt. Mit Entschiedenheit weist er zurück, daß hierdurch der Weg zur Reichseinheit verbart würde. „Es ist ein Schritt vorwärts zum Ganzen, so wie es der Zusammenschluß Thüringens war. Je mehr Thüringen auch seine geographische Funktion, die Verbindung und Versöhnung der norddeutschen Tiefebene mit dem süddeutschen Hochlande, sei es allein oder in Verbindung mit anderen mitteldeutschen Ländern, herbeizuführen erkennt, desto mehr muß es in der Bedeutung für's ganze Reich wachsen. Thüringen erfüllt seine Pflicht, sich und dem Ganzen gegenüber.“

Sieht Jahn Thüringens Lage richtig an, so hat es zu wählen, ob es in Selbstständigkeit verbleiben, ob es preussisches Randgebiet werden oder ob es sich dort, wohin uralte Tradition es weist, im oberdeutschen Kulturkreise, ein blühendes Eigenleben erhalten will. Wir werden in Sachsen ruhig abzuwarten haben, wie die Thüringer aufnehmen, was ihnen Jahn mit höchstem Kopfe aus warmem Herzen rät. Sachsen kann auch ohne Thüringen auskommen; wir werden uns eine gehobene Selbstverwaltung stets erhalten können, auch dann, wenn sich das Reich weiter zum Einheitsstaate entwickelt. Reigt aber Thüringen dazu, die Verhandlungen mit Sachsen wieder aufzunehmen, so wird sich Sachsen dem nicht verschließen dürfen, weil durch Verwaltungsgemeinschaften zwischen Sachsen und Thüringen die innere Organisation des Reiches verbessert und die Gefahr eines dem deutschen Wirtschafts- und Kulturbereich schädlichen Zentralismus vermieden wird.

Das Limburger Schloß niedergebrannt

Der Renaissancebau gerettet

Limburg an der Lahn, 28. Febr. Seit heute morgen steht das aus dem 18. Jahrhundert stammende Limburger Schloß, das Wahrzeichen Limburgs, auf dem hohen Domfelsen in hellen Flammen. Bis 18 Uhr morgens war der umfangreiche Westflügel, der Südflügel und ein Teil des Ostflügels bis auf die massiven Steinmauern niedergebrannt. Unversehrt ist lediglich der im Osten gelegene Renaissancebau und der Bohnturm. Augenblicklich wüten die Flammen noch im Innern der übrigen Flügel. Wegen der großen Kälte waren die umfassenden Löscharbeiten der Wehren so gut wie ergebnislos, da diehydranten eingestoren waren und das aus der Lahn den Domfelsen herausgepumpte Wasser in den Schläuchen zum Teil gefror.

Nach sechsständiger angestrengtester Arbeit war das Großfeuer im Limburger Schloß gegen Mittag im großen und ganzen gelöscht. Das ganze Schloß bildet außer dem unversehrt gebliebenen, nach der Lahn zu gelegenen Nordflügel nur noch eine Ruine. Nur die massiven Steinmauern sind stehen geblieben. Wenn auch die brennenden Gebäude nicht mehr zu retten waren, gelang es doch unter den größten Anstrengungen, das Ueberbleibsel des Feuers aus dem im Osten gelegenen Renaissancebau zu verbünden, dessen Brand vor allem den Dom in unmittelbare Gefahr gebracht hätte. In den abgebrannten etwa drei Viertel des

Schlusses ausmachenden Flügeln war u. a. die Städtische Gewerbeschule untergebracht, deren sämtliches Mobiliar mit verbrannt ist. Auch die durch eine starke Gewölbedecke geschützte Bibliothek des St. Viktorien-Bereins, die 4500 Bände umfaßt, ist dem Feuer zum Opfer gefallen, ebenso ein Museum. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festzustellen. Das Schloß mit dem Dom, das Wahrzeichen Limburgs, ist zum Teil im 18. Jahrhundert erbaut und dann mehrfach erweitert worden. Das Schloß diente früher zeitweise den Kurfürsten von Trier als Residenz. — Eine im Schloß wohnende Familie konnte noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Menschenleben sind bei dem Brande nicht zu beklagen.

Erdbeben am Bodensee

Hohenheim, 28. Febr. Gestern abend 6,21 Uhr 16 Sek. wurde von den Instrumenten der Erdbebenwarte der erste Anstoß eines ziemlich starken Erdbebens aufgezeichnet. Etwa 20 Sekunden später erfolgte der Hauptstoß. Die berechnete Erdtiefenung beträgt rund 150 Kilometer. Eine direkte Verbindung von Friedrichshafen bestätigt, daß am Schweizer Bodenseeufer und auch in Friedrichshafen selbst das Erdbeben verspürt wurde. In der Nacht um 2,45 Uhr wurde wieder ein leichtes Erdbeben aufgezeichnet; wahrscheinlich ging die Wellenwelle von demselben Herd aus.

Beginn des englischen Wahlkampfes

Baldwin entwickelt das konservative Programm

Die Gefahren der Sozialisierung

London, 28. Februar. Ministerpräsident Baldwin hat beschlossen, vor den Parlamentswahlen seine Veränderungen im Kabinett durchzuführen. Als Datum für die Wahlen wird etwa der 12. Juni genannt. Nachdem kürzlich der eigentliche Wahlkampf von Ramsay MacDonald eröffnet wurde, hielt gestern Ministerpräsident Baldwin eine große Rede, in der er die Grundlinien der konservativen Wahlpolitik eingehend umriss. Unter anderem führte er aus: Die Konservativen hätten die Möglichkeit gehabt, nach dem Streik von 1926 Neuwahlen auszuschieben. Eine große Mehrheit wäre ihnen damals sicher gewesen, aber er und seine Kollegen im Kabinett hätten es stets für richtig gehalten, sich erst dann an das Land zu wenden, wenn sie ihr bei den letzten Wahlen erhaltenes Mandat voll ausgenutzt hätten. Den Vordruckverfälschungen der Arbeiterpartei und der Liberalen müsse man mit Tatkraft entgegenzutreten. Er frage die Sozialisten, ob sie mit Hilfe der Gelder der Steuerzahler die Industrie nationalisieren wollten und ob sie glaubten, damit die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland aufrechterhalten zu können? Auf die Dauer müsse eine solche Rationalisierung entweder zu niedrigeren Löhnen und schlechteren Bedingungen in der Industrie oder aber zu vermehrter Arbeitslosigkeit führen. Er als Realpolitiker würde nicht das Risiko eingehen, daß gegenwärtige Systeme aufzugeben, solange er nicht sichers

Grundlagen dafür habe, was die Zukunft bringe. Die britische Regierung habe viel getan, um das Los der Arbeiterklasse seit dem Bergarbeiterstreik von 1926 zu verbessern. Jenes Jahr habe aber dem Lande ungeheure Verluste gebracht. Trotzdem habe die Regierung eine kleine Verminderung der Einkommenssteuer durchführen können. Trotz aller unerfreulichen Erscheinungen sei Großbritannien in der Lage, Jahr für Jahr mehr Arbeit zu finden, verlorenen Märkte zurückzugewinnen, die Kriegsverluste langsam wieder auszumachen und der Mehrheit des Volkes einen höheren Lebensstandard zu sichern.

Große Wahlrede Lord Georges

London, 28. Febr. Lord George wird am Freitag auf einem Parteifreitag eine Rede halten, die in Parteikreisen als die wichtigste Rede des gesamten Wahlkampfes bezeichnet wird. Von den 50 liberalen Kandidaten zu den Neuwahlen werden 40 anwesend sein. Lord George beabsichtigt nicht nur, die Pläne der liberalen Partei darzulegen, sondern werde auch die Partei auf eine politische Linie setzen, die eine tiefe Wirkung auf den Verlauf der Neuwahlen haben werde. Lord Georges Rede werde die Frage bestimmen, um die bei der Wahl gekämpft werden solle. Die Herausforderung, die er im Namen der liberalen Partei entgegenstellen werde, werde in sehr wesentlicher Weise die Augenblicke von den beiden anderen Parteien verfolgte Politik ändern. Lord George werde mehr als 1 1/2 Stunden sprechen.